



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

PROFESSOR DR. PAUL W. THURNER
LEHREINHEIT FÜR EMPIRISCHE POLITIKFORSCHUNG
GESCHWISTER-SCHOLL-INSTITUT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT



Mehrheit ist für Waffenhandel – wenn die Bedingungen stimmen

Eine Studie der LMU München ([Prof. Dr. Paul W. Thurner](#)) mit Beteiligung der Universität Konstanz (Prof. Dr. Lukas Rudolph) untersucht die Einstellungen der Menschen in Deutschland und Frankreich zu Waffenexporten

Sollten Waffen an andere Länder geliefert werden? Falls ja, unter welchen Bedingungen? Eine Pilotstudie, die ein Jahr vor dem Krieg in der Ukraine in Deutschland und Frankreich durchgeführt wurde, geht der Frage nach, was Bürger und Bürgerinnen in beiden Ländern über Waffenhandel denken, und kommt zum Ergebnis: 10 bis 15 Prozent der Befragten lehnen Waffenlieferungen kategorisch ab, während die Mehrheit von Fall zu Fall abwägt, wobei normativ-ethische Faktoren das größte Gewicht haben. Die grundsätzliche Ablehnung und die starke Gewichtung normativer Faktoren sind in Deutschland ausgeprägter als in Frankreich. In einer großen Folgestudie, die nach Beginn des Krieges in der Ukraine in den fünf größten Waffen exportierenden Ländern USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien durchgeführt wurde, ist aktuell die Datenerhebung abgeschlossen. Erste Ergebnisse werden voraussichtlich Ende 2023/Anfang 2024 veröffentlicht.

„Der Ukraine-Krieg wirft ein neues Schlaglicht auf die Studie“, sagt Lukas Rudolph, Juniorprofessor am Konstanzer Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, der gemeinsam mit Professor Paul W. Thurner von der Ludwig-Maximilians-Universität München die Untersuchung leitete. Drei Fragen standen im Fokus: Wie ist das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Menschen, die Waffenexporte grundsätzlich ablehnen, und denjenigen, die im Einzelfall abwägen? Welche Kriterien sind im Fall der abwägenden Haltung relativ wichtig oder unwichtig? Und wie unterscheiden sich die Präferenzen der Menschen zwischen Deutschland und Frankreich?

Mittels einer sogenannten quotenrepräsentativen Stichprobe durch das Umfrageunternehmen YouGov untersuchten die Autoren, welchen Umfangs die Zahl derer jeweils ist, die Waffenexporte prinzipiell, also unabhängig von Begleitumständen und Empfängerland, ablehnen. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass die 10 bis 15 Prozent der Befragten, die diese grundsätzliche Haltung einnehmen, einen relevanten Bevölkerungsanteil darstellen – der damit nach einem Kalkül entscheidet, dass sich von demjenigen von Regierungen grundlegend unterscheidet. Die Motivation dieser Personen ist überwiegend pazifistisch. „Diese Menschen sind prinzipiell dagegen, dass tödliche Waffen an andere Länder gegeben und dort möglicherweise gewaltsam eingesetzt werden“, erläutern die Autoren. Aber nicht nur: Auch isolationistische Motivationen könnten ein Grund sein.

Die Mehrheit der Befragten wägt bei Fragen des Waffenexportes jedoch nuanciert deren Rahmenbedingungen ab. In Rahmen der Umfragen mussten die befragten Personen in beiden Ländern exemplarische Waffenexporte anhand dreier grundlegender Dimensionen bewerten:

- die ökonomische Dimension beschreibt, inwieweit der Waffenhandel Auswirkungen auf die wirtschaftliche Wohlfahrt im Sinne etwa von Arbeitsplätzen und Einkommen im eigenen Land hat;
- die geostrategische Dimension beurteilt sicherheitspolitische Auswirkungen. Hier werden Fragen gestellt wie: Handelt es sich beim Empfängerland um einen strategischen Partner?
- bei der normativen Dimension stehen die Folgen eines Waffenhandels für das Empfängerland im Mittelpunkt. Eine entscheidende Frage könnte hier lauten: Geht der Export in eine Demokratie, in der Frieden herrscht, oder werden die Waffen etwa für einen Angriffskrieg eingesetzt?

Die Befragten - insgesamt über 6.600 Personen, je zur Hälfte aus Deutschland und Frankreich - mussten mehrere, in der Regel widersprüchliche, Konsequenzen gleichzeitig abwägen, um zu einer Bewertung der Waffengeschäfte zu gelangen. Im Ergebnis legten die Befragten beider Länder den größten Wert auf die normativen Kriterien, berücksichtigen aber auch die wirtschaftlichen und strategischen Aspekte. Es zeigt sich, dass die Bürger und Bürgerinnen beider Länder das gleiche Grundkalkül haben, wobei Befragte aus Deutschland normative Kriterien nochmals stärker berücksichtigen. Zudem ist die prinzipielle Ablehnung in Deutschland größer als in Frankreich. Dies führt dazu, dass Waffenexporte in Kontexte, die aus normativer Sicht kritisch, aber aus strategischer oder ökonomischer auch vorteilhaft bewertet werden könnten (etwa: Export mit hohem wirtschaftlichem Gegenwert in einen konfliktbehafteten, autoritären Kontext wie Saudi-Arabien) zwar sowohl von deutschen wie französischen Befragten mehrheitlich abgelehnt würden, diese Ablehnung in Deutschland aber wesentlich stärker ausgeprägt ist – und damit das Handeln der deutschen Regierung stärker beschränkt. Entsprechend werden auch nur Waffenexporte, die sowohl anhand normativer, ökonomischer wie strategischer Kriterien ausgeprägt sind (wie etwas Exporte an EU-Partner) von einer Mehrheit der Befragten in beiden Ländern insgesamt positiv bewertet.

Nicht zuletzt hält die Studie fest, dass nuancierte Umstände eines Waffentransfers zu relevanten Schwankungen der öffentlichen Unterstützung führen können. So schwächen etwa Verteidigungskriege – wie im Fall der Ukraine -- die Bedenken gegen den Handel mit Konfliktstaaten ab.

Eine Schlussfolgerung der Studie lautet, dass aufgrund der unterschiedlichen „strategischen Kulturen“ beider Länder eine weitreichende deutsch-französische bzw. europäische Verteidigungspolitik in naher Zukunft eine Herausforderung sein wird. Beide Länder wären bei jeder Zusammenarbeit auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner in der Waffenexportpolitik gezwungen. Die Autoren beschreiben es aus deutscher Sicht so: „Wenn die deutsche Regierung die Bevölkerung mitnehmen möchte, hat sie es schwerer als die französische Regierung.“ Inwieweit sich das Thema auf tatsächliches politisches

Verhalten auswirkt, beispielsweise auf Wahlentscheidungen, wird Gegenstand weiterer Untersuchung sein.

Faktenübersicht:

- Originalpublikation: Lukas Rudolph, Markus Freitag, Paul W. Thurner: Deontological and consequentialist preferences towards arms exports: A comparative conjoint experiment in France and Germany. European Journal of Political Research. DOI: doi.org/10.1111/1475-6765.12617
- Studie zu Einstellungen der Menschen in Deutschland und Frankreich zu Waffenexporten
- In beiden Ländern ist eine Minderheit prinzipiell gegen Waffenexporte, die große Mehrheit nimmt jedoch nuancierte Abwägungen vor
- Unterschiedliche Ausprägungen in Deutschland und Frankreich
- Unter der Leitung von Lukas Rudolph, Juniorprofessor für Political Behavior an der Universität Konstanz und Prof. Dr. Paul Thurner, Empirische Politikforschung und Policy Analysis an der Ludwig-Maximilians-Universität München
- Gefördert durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung